

Nur so viel Staat wie nötig

Politik und Verwaltung in den meisten Staaten sprechen sich stets neue Aufgaben zu, obwohl sie ohnehin überfordert sind, besonders finanziell. Es geht nicht ohne Selbstbeschränkung. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

An der 10. Internationalen Gottfried-von-Haberler-Konferenz in Vaduz brachte Mel Cappe, langjähriger Berater der kanadischen Regierung, es auf den Punkt: «A Government should only do those things that only a government can do.» Warum?

Die Idee des Verfassungsstaates ist der Schutz der Bürger. Das umfasst die innere und die äussere Sicherheit sowie ein Rechtssystem. Das Rechtssystem und die Verfassung dienen dazu, den Bürger vor staatlichen Übergriffen zu schützen. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben. Um eine erfolgreiche Gesellschaft zu gewährleisten, kann er im begrenzten Mass Regeln aufstellen, die zwar in die persönliche und familiäre Selbstbestimmung eingreifen, aber doch Wichtiges bezwecken, so etwa die Schulpflicht.

Diese Prinzipien, die sich auch in der amerikanischen Verfassung wiederfinden, wurden in Europa nie vollständig beachtet und in den USA über die vergangenen 200 Jahre stark verwässert. Auf beiden Kontinenten sprach sich die öffentliche Hand immer mehr Aufgaben zu. Gleichzeitig fand eine Verschiebung zu immer mehr Zentralismus statt. Ein Wandel von subsidiärer Demokratie auf lokaler Ebene hin zu zentraler Bürokratie.

Abspecken – so nötig wie unpopulär

Die Konsequenzen? Der Staat übernimmt staatsferne Aufgaben und bläht sich dadurch immer mehr auf. Die wachsende Bürokratie führt dazu, dass Wirtschaft und private Haushalte mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden und die Kosten im öffentlichen Sektor stetig steigen. Beispiele bieten der immer unübersichtlicher werdende Steuerbereich und das kaum mehr finanzierbare Sozialsystem. Gerade das Kosten-Nutzen-Verhältnis des öffentlichen Sozialsystems ist in vielen Ländern mehr als bedenklich. Eine gewisse Zeit konnte ein Staat sich noch über das Schuldenmachen finanzieren, das hat jedoch mittlerweile ein jähes Ende gefunden. Das benötigte Geld kann langfristig fast nur über den Steuerbereich beschafft werden. Dass Schulden von heute Steuern von morgen bedeuten, wird verdrängt.

Ein logischer Schritt wäre, den Staat abzuspicken und zu analysieren, was in die private Eigenverantwortung oder in die Hand von Public Private Partnerships gelegt werden kann. Doch die Politik tut sich schwer damit, weil dann gewisse Machtpositionen abgeben und öffentliche Stellen zugunsten der Privatwirtschaft abgebaut werden müssten. Da die öffentlich Bediensteten aber einen bedeutenden Wähleranteil stellen (in manchen Ländern gar über 50%), wäre eine solche Massnahme höchst unpopulär. So dreht sich die Spirale weiter.

Neuerdings wird weltweit an der Steuerschraube gedreht. Dem Bürger wird dies unter dem Motto «Schlupflöcher schliessen» verkauft. Tatsächlich aber wird das Ziel verfolgt, den Steuerwettbewerb auszuschalten, um ein unantastbares Steuerkartell auf hohem Niveau bil-

den zu können. Da dies aber nicht immer mit rechtsstaatlichen Mitteln möglich ist, greifen die Verantwortlichen zum Populismus und stellen die legale Steuerplanung als unethisch dar, wie der Fall Starbucks zeigt: Starbucks reizte die legale Steuerplanung aus. Dennoch war sie legal, und Steueroptimierung zählt zu den Managementpflichten. Trotzdem wird das Unternehmen von Politik und Medien an den Pranger gestellt.



«Staatsfinanzen konnten noch nie über Steuererhöhungen saniert werden.»

Das tatsächliche Problem liegt nicht bei Starbucks und der Steuerplanung, sondern bei einem Steuersystem, das unübersichtlich und unproduktiv ist und von einem ausufernden Staat erschaffen wurde. Die Politik sollte sich überlegen, wie die bestehenden Steuersysteme einfacher und transparenter gestaltet werden können. Doch einfacher ist es, an der Steuerschraube zu drehen. Denn die Mehrheit der Bevölkerung unterliegt dem Irrglauben, dass Massnahmen in diesem Bereich sie nicht betreffen werden. Mit einer Prise Populismus wird das Ganze dem Volk schmackhaft gemacht und auf der ethisch-moralisierenden Ebene gearbeitet. Die legale Steuerplanung, die Bestandteil jedes Pflichtenkatalogs eines verantwortungsvollen Managements ist, wird als verwerflich dargestellt und eine mediale Hexenjagd gestartet.

Weitere Beispiele für einen überbordenden Staat bieten das Bildungswesen und die Altersvorsorge. Um ein erfolgreiches Zusammenleben der Gesellschaft zu gewährleisten, kann und soll der Staat in einem sinnvollen Mass Regeln aufstellen. Die heutige Situation unterscheidet sich jedoch von derjenigen, als beispielsweise in Europa die Schulpflicht eingeführt wurde. Damals griff der Staat ein, weil die Notwendigkeit einer schulischen Ausbildung in der breiten Bevölkerung (noch) nicht eingesehen wurde.

Heute greift der Staat ein, weil die gängige Meinung vorherrscht, dass das Bildungswesen als solches eine Staatsaufgabe ist. Dieses Problem zeigt sich nicht nur in der industrialisierten Welt, sondern auch in den Schwellenländern. Auch dort wird die Meinung verbreitet, dass die schulische Grundausbildung vom Staat gestellt werden soll. Jedoch zeigt sich in einigen Schwellenländern wie Indien und Nigeria, dass das staatliche Schulsystem ineffizient und korrupt ist.

Aus dieser ungunstigen Situation heraus haben sich Tausende von lokalen Privatschulen gebildet, die Bildung zu extrem niedrigen Preisen bieten. Diese Schulen stehen im Wettbewerb miteinander und sind gefordert, eine entsprechende Qualität zu bieten, um Schüler anzuziehen. Auch wenn das Schulgeld sehr gering erscheinen mag, so stellt es für arme Familien eine bedeutende und wohlüberlegte Ausgabe dar. Es ist empirisch erwiesen, dass das Ausbildungsangebot und die Ausbildungsqualität dieser Privatschulen den staatlichen weit überlegen sind. Die Rolle des Staates sollte sich demnach darauf beschränken, die Schulpflicht festzulegen, den Zugang zu Bildung zu sichern und dort ein Angebot zur Verfügung zu stellen, wo dies von privater Seite nicht oder nur unbefriedigend wahrgenommen wird.

Rechtsrahmen und Aufsicht als Kern

Auch das System der staatlichen Vorsorge, das in vielen Ländern noch auf dem Generationenvertrag beruht und in die Jahre gekommen ist, wird nicht angepasst. Doch das Verhältnis von Alt und Jung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ganz wesentlich verändert, mit der Konsequenz, dass immer weniger aktiv einzahlende Personen für immer mehr Vorsorgebezügler aufkommen müssen. Ein System, das bereits grosse Schwierigkeiten bereitet und in Zukunft nicht mehr tragbar sein wird. Viel eher sollte auf ein System der privaten Vorsorge über ein Sparmodell bei nicht staatlichen Versicherungen umgeschwenkt werden. Entsprechende Beispiele in der Schweiz und Liechtenstein zeigen, dass solche Modelle wesentlich erfolgreicher und zeitgerechter sind. Hier stellt der Staat die Rahmenbedingungen und übt eine Aufsichtsfunktion aus; die eigentliche Altersvorsorge aber wird, mit Ausnahme einer geringen staatlichen Grundvorsorge, der privaten Hand überlassen.

Es ist erwiesen, dass Staatsfinanzen noch nie über Steuererhöhungen saniert werden konnten und daher auf der Ausgaben- und der Effizienzebene anzusetzen ist. Das kanadische Sanierungsbeispiel, an dem der eingangs zitierte Mel Cappe mitgewirkt hat, zeigt dies deutlich auf: Der Staat Kanada hat zu Beginn der Neunzigerjahre 40% mehr ausgegeben als eingenommen. Dank eines strikten Sanierungsplans und konsequenter Fiskalreformen konnte er die Ausgaben bereits im ersten Reformjahr um ein Fünftel kürzen. Heute weist Kanada geordnete Staatsfinanzen und ein solides Bankensystem auf.

Vieles, was heute von Staaten wahrgenommen wird, gehört in Wirklichkeit nicht in ihren Aufgabenbereich. Ein Staat sollte sich auf diejenigen Aufgaben beschränken, die nur er erfüllen kann.

Michael von und zu Liechtenstein ist Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation (www.ecaef.li) und Präsident des Verwaltungsrats von Industrie- und Finanzkontor, Vaduz.



CLIFFORD PADEVIT
Stv. Chefredaktor
zum Thema
EZB-Stresstest

Stresstest für die Eurozone

Jahrelang haben sich Europas Politiker und Anleger gefragt, wie solide denn eigentlich die Banken im Euroraum kapitalisiert sind. Die Frage ist seit der Finanzkrise unbeantwortet. Während die Amerikaner ihre Grossbanken 2008 zwangsweise rekapitalisierten, versuchten die Europäer, die Krise als eine Serie von Einzelfällen zu überstehen. Sie handelten und rekapitalisierten nur, wenn es unbedingt nötig war. Das rächte sich. Als die Eurozone auseinanderzubrechen drohte, standen ganze Bankensysteme vor dem Kollaps und brachten damit Staaten ins Wanken, anfangs PIIGS genannt, heute nett «Europeripherie».

Der Europäische Banksektor war unterkapitalisiert und ist es in Teilen immer noch. Die mangelhafte Eigenkapitalposition von Banken ist im Rahmen der Too-big-to-fail-Problematik zwar angegangen worden, doch die Finanzinstitute haben zu lange Zeit, die strenger Kriterien zu erfüllen. Es hilft wenig, wenn in jedem Land gefährdete Kredite anders verbucht werden. Die bisherigen Banken-Stresstests waren unnütz, weil sie allesamt zu zahm ausfielen.

Jetzt nimmt die Europäische Zentralbank (EZB) das Heft in die Hand. Ab November ist sie Oberaufseherin der Eurozone-Banken und hat die grössten 130 Häuser einer Bilanzprüfung sowie einem Stresstest unterzogen, um Kapitallücken aufzudecken (vgl. Seite 21). Die Resultate, die sie am Sonntag veröffentlichten, sind nicht nur für Banken und Investoren bedeutend – es geht um mehr. Die EZB hat es in der Hand, die Eurozone weiter vom Abgrund wegzuziehen. Aber nur eine Prüfung, die die Schwächen im Banksektor schonungslos aufzeigt, kann das Vertrauen in die Währungsunion stärken. Auf dem Prüfstand steht somit die Euro-Währungsunion, nicht nur deren Banken.

Aktuell auf www.fuw.ch

Swiss Re wird Restposten los

Der Versicherer Swiss Re veräussert einen weiteren Teil der Sparte Policenabwicklung. Die verbleibenden Aktivitäten werden fokussiert. Die Transaktion führt zu einem Verlust von gegen 0,2 Mrd. \$, der leicht verkraftet sein dürfte. Bisher ist das Jahr für die Assekuranz schadenarm verlaufen.

fuw.ch/221014-6

Justizreform in China

Das Investitionsklima in China soll verbessert werden, durch eine teilweise Reform des Rechtssystems. Weniger obrigkeitliche Willkür soll die Eigentumsrechte stärken. Allerdings wird das Machtmonopol der Kommunistischen Partei nicht in Frage gestellt.

fuw.ch/221014-7

Molecular sagt Börsengang ab

Die Biotech-Gesellschaft Molecular Partners hat gemäss einer Mitteilung vom Dienstagabend nach Börsenschluss wegen des schlechten Marktumfelds ihren Börsengang abgesagt. Der erste Handelstag war für Mittwoch vorgesehen. Im Vorfeld hatten Anleger die angestrebte Preisspanne als zu hoch kritisiert. fuw.ch/221014-8

Fifty-Fifty ist nicht ganz hundert

Jungsozialisten fordern Rechte ohne Pflichten. **MANFRED RÖSCH**

Es spricht vieles dagegen, sich mit den Publicity-Petarden der hiesigen Jungsozialisten überhaupt näher zu befassen. Für ihren langen Marsch vorwärts in die Vergangenheit können sie nicht mal die Mutterpartei SP wirklich begeistern, geschweige denn Volksabstimmungen gewinnen. Das wird dem neusten Retroprojekt nicht anders ergehen: Die «Fifty-Fifty-Initiative» sieht vor, «dass Mitarbeitende in Grossunternehmen künftig eine paritätische Mitsprache sowie 50% des Gewinns erhalten sollen».

Immerhin schafft dieser von keinerlei Sachkenntnis getriebene Vorstoss die Gelegenheit zur Gretchenfrage: Wie haltet ihr's denn mit dem Risiko?

No risk, no fun – wer mitspielen will, muss einen Einsatz bringen, übertragen auf ein Unternehmen: Anteile kaufen. Die kann er mehren, wahren oder verlieren. Nur so lässt sich Mitbestimmung an Mitverantwortung binden. Nur so wäre die in SP-Kreisen erhsehnte «Wirtschaftsdemokratie» mehr als bloss eine fixe Idee.

Die meisten Unternehmen erleben irgendwann oder regelmässig harte Zeiten und müssen jeweils Einschnitte vornehmen, um im Wettbewerb zu bestehen. Heisst: restrukturieren, auslagern, Personal abbauen etc. Wie soll das möglich sein, wenn die Hälfte des Verwaltungsrats von Gewerkschaftern besetzt ist, die nichts zu verlieren haben ausser ihre ideologische Unbeflecktheit? Wohin eine Entkopplung von Entscheidung und Haftung führt, hat gerade, unter ganz anderen Vorzeichen, die jüngere Vergangenheit in Segmenten der Bankenwelt gezeigt.

Arbeitnehmer tragen in der Marktwirtschaft – deren harter Kern das Privateigentum ist – unweigerlich das Risiko von Stellenverlust oder Lohnkürzung. Dass sie zusätzlich ein unternehmerisches Risiko durch Beteiligungnahme eingehen sollten, ist keine gute Idee (auch nicht indirekt über die Pensionskasse). Die gebräuchlichen Gewinnbeteiligungsmodelle sind richtig und in der Regel anständig; ein gesetzlicher Anspruch auf die Hälfte des Gewinns plus hälftiger Einfluss auf Strategie und Geschäftsführung dagegen – ohne zugehörige Pflichten – wären gemeingefährlich. Das würde in ruinösen Anarcho-Syndikalismus münden, daraufhin in Kollektivismus und Planwirtschaft. Dann wären die roten Romantiker am Ziel.

Die extreme Linke schafft es bis heute nicht, den Unternehmer oder sein abstrakteres Pendant, das Management einer Publikumsgesellschaft, anders zu betrachten als das Zerrbild aus dem 19. Jahrhundert: den verfesten Ausbeuter und Coupon-Schneider mit Zylinderhut. Was jedoch den Volkswirtschaften im einstigen Ostblock entscheidend fehlte, waren schöpferische Unternehmer, da als Klassenfeinde liquidiert.

Der wahre Kern der «Wirtschaftsdemokratie» ist der, dass jeder Unternehmer werden darf. Dazu ist freilich nur imstande, wer anderen, auf dem Markt, eine nützliche Leistung anbieten kann. Ludwig von Mises sagt zu den Gegnern der freien Wettbewerbswirtschaft: «Wer seinen Mitmenschen nicht zu dienen in der Lage ist, will sie beherrschen.»

Frankreichs Armutszeugnis

Deutsches Geld statt Strukturreformen. **PETER MORF**

Frankreich geht es schlecht – sehr schlecht sogar. Das kommt auch in den Forderungen zum Ausdruck, die der französische Wirtschaftsminister, Emanuel Macron, und der Finanzminister, Michel Sapin, am Montag im Gepäck nach Deutschland gebracht haben. Während Frankreich in den kommenden drei Jahren 50 Mrd. € sparen werde, solle Deutschland den Ausfall doch über Investitionen im Umfang von 50 Mrd. € kompensieren. Der Vorschlag ist schon fast peinlich naiv und zeugt nicht von tiefgreifendem ökonomischem Verständnis. Alles, was Deutschland investiert, fließt nach Frankreich – und allen geht es besser. So etwa die Vorstellung hinter dem Vorschlag.

Allerdings funktioniert die Wirtschaft nicht ganz so einfach, wie man sich das westlich des Rheins bisweilen offenbar vorstellt. Zunächst ist alles andere als gewiss, ob Frankreich die eigenen Sparvorgaben wirklich einhalten wird. Der Blick zurück gibt eher zu Skepsis Anlass. Zudem müsste auch in Paris klar sein, dass strukturelle Probleme nicht einfach mit zusätzlichen deutschen Investitionen überkleistert werden können.

Und strukturelle Probleme hat Frankreich wahrlich genug. Im Vordergrund steht zunächst der Arbeitsmarkt. Stichworte sind die 35-Stunden-Woche und der zu weit gehende Kündigungsschutz. Auch Schweizer Unternehmen, die in Frankreich Personal abbauen oder Niederlassungen mangels wirtschaftlichen Erfolgs schliessen mussten, wissen davon ein Liedlein zu singen. Sie meiden Frankreich fortan. Die genannten Bestimmun-

gen sind äusserst effiziente Hürden, um Investitionen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Zudem wäre Frankreich auch gefordert, den ausufernden Staatsapparat zu reduzieren. Derartige Massnahmen könnten der Wirtschaft Schub verleihen – ohne grosse monetäre Kosten. Davor aber schreckt die Politik zurück.

Immerhin: Die deutsche Seite hat die Forderungen Frankreichs höflich, aber bestimmt zurückgewiesen. Vorrangiges Ziel ist für Deutschland im Haushalt die schwarze Null, da können die verlangten staatlichen Investitionen kein Thema sein – zumal Deutschland selbst die Verschuldungsvorgaben des Maastrichter Vertrags nicht ganz erfüllt (was die Gesamtverschuldung anbelangt). Finanzminister Wolfgang Schäuble hielt denn auch fest, dass Deutschland um die zentrale Bedeutung solider Staatsfinanzen wisse – ein Wissen, das in der EU leider nicht allzu weit verbreitet ist.

Die Probleme Frankreichs sind nicht von einer höheren Macht verursacht, sondern hausgemacht. Das Land hat zu lange auf zu grossem Fuss und auf Pump gelebt – das rächt sich nun. Die Forderungen an Deutschland sind ein plumper Versuch, von diesem Eigenverschulden abzulenken. Statt die unpopulären Strukturreformen durchzuführen – in Frankreich stehen 2017 wieder Präsidentschaftswahlen an –, wird versucht, den Nachbarn in die Pflicht zu nehmen. Das ist reichlich unvernünftig. Und im Hintergrund wetzen Marine Le Pen und ihr Front National mit grösstem Vergnügen das Messer.